

19.05

Abgeordnete Ing. Waltraud Dietrich (STRONACH): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am 15. Mai hatten wir in Österreich 424 697 Arbeitslose, und das ist, glaube ich, eine Zahl, die uns allen zu denken geben sollte. Es ist höchst an der Zeit, gemeinsam Maßnahmen zu setzen, damit diese arbeitslosen Menschen die Chance haben, wieder in den Arbeitsprozess hineinzukommen und Arbeit zu finden. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Heute steht eine Vielzahl von Themen im Sozialbereich zur Diskussion, und da müssen wir schauen, wo genau Maßnahmen getroffen werden müssten, damit eben Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können. In dieser Hinsicht ist das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das wir heute diskutieren, aus unserer Sicht ein absolut sinnvolles Gesetz. Denn überlegen wir einmal: 2004 war die Osterweiterung, und wir alle haben miterlebt, dass Firmen aus dem ehemaligen Ostblock begonnen haben, bei uns anzubieten. Dort gibt es niedrigere Standards im Sozialbereich als bei uns, die Firmen dort haben die Möglichkeit, billiger anzubieten, und machen dennoch Gewinne. Aber unsere Firmen sind nicht wettbewerbsfähig, und da ist es doch Aufgabe des Gesetzgebers, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Firmen wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir nicht zuschauen wollen, wie sukzessive unsere Sozialstandards nach unten gehen.

Auch das ist eine Logik des Gesetzes: Wenn immer wieder billig angeboten wird und die einheimischen Firmen keine Aufträge mehr erhalten, dann werden sich die Sozialstandards nach unten bewegen. Ich glaube, wir alle wollen das nicht, und deshalb müssen wir Sorge tragen, dass fairer Wettbewerb herrscht und das jene Firmen, die fair und korrekt handeln, auch die Chance haben, Jobs zu erhalten und Aufträge zu bekommen. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Gerade die Baubranche zeigt uns, wie schnelllebig und flexibel Firmen sind. Es gibt mittlerweile in ganz Österreich keinen Fleck mehr, wo es nicht Anbieter aus Ungarn, Slowenien, aus ehemaligen Ostblockstaaten gibt, die billiger sind. Deshalb erste Priorität: Schutz der einheimischen Firmen mit gerechten Maßnahmen!

Geschätzte Damen und Herren, aber auch unsere Firmen haben gelernt. 40 Prozent der Frächter „flaggen aus“, die sagen: Wenn ich es billiger schaffe, dann mache ich einfach eine Niederlassung in Ungarn, stelle dort Leute an und beschrifte den österreichischen Markt von dort aus! – Das kann doch auch nicht im Sinne von uns Österreichern sein, wenn wir ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat ablegen und wenn wir den Sozialstaat auf dem Niveau, das wir haben, erhalten wollen!

Es ist auch noch die Gesetzesmaterie betreffend Bestbieter statt Billigstbieter auf dieser Tagesordnung. Dazu haben die Grünen einen Antrag eingebracht, dass der Kriterienkatalog erweitert werden soll. Auch dafür sprechen wir uns ganz klar aus, weil wir glauben, dass es Sinn macht, Kriterien einzuführen, die es den heimischen Unternehmern ermöglichen, wieder Aufträge zu erhalten. Es kann nicht sein, dass immer nur der Billigstbieter den Zuschlag bekommt, nämlich der Billigstbieter mit nichtheimischen Arbeitskräften. Wir müssen ganz gezielt in dieser Phase, wo es wirtschaftlich so schwierig ist, diese Maßnahmen treffen.

Ich bin auch der Meinung des Kollegen Schellhorn: Wir müssen alles tun, um ein unternehmensfreundliches Klima zu schaffen! Wir müssen Bürokratie abbauen, und zwar sollten wir nicht nur davon reden, sondern diese Maßnahme auch umsetzen.

Wenn ich die Registrierkassenverordnung, die angeblich 72 Seiten umfassen soll, hernehme, dann muss ich sagen: Wir reden zwar immer von Bürokratieabbau, aber in Wirklichkeit werden Unmengen von Bürokratie produziert. Wir müssen das, wozu wir uns verbal bekennen, auch umsetzen. Wir müssen wirklich bei der Bürokratie herunterfahren. Wir müssen die Lohnnebenkosten senken. Die Lohnnebenkosten sind mittlerweile schon zu Lohnhauptkosten geworden und vielfach der Grund, warum Unternehmen niemanden mehr einstellen. Das heißt, wir müssen alles unternehmen, um ein unternehmerfreundliches Klima zu schaffen. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Meine geschätzten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Worte zur Finanzpolizei! Natürlich brauchen Gesetze Kontrollen, aber es kann nicht sein, dass heimische Firmen laut Statistik 13 Mal so oft kontrolliert werden wie ausländische Firmen. *(Abg. Belakowitsch-Jenewein: Es ist etwas zu holen!)*

Frau Kollegin Belakowitsch-Jenewein, Sie sagen, es ist etwas zu holen.

Wahrscheinlich ist das der Grund dafür. Aber das wollen wir nicht, weil heimische Firmen – und das ist nachgewiesen – nicht so oft straffällig sind wie ausländische. Schauen wir doch dorthin, wo es Briefkastenfirmen gibt, die in kurzer Zeit von wenigen Mitarbeitern auf mehrere hundert aufstocken, und die dann genauso rasch, wie sie gekommen sind, wieder weg sind! Das sind Firmen, wo es keine Haftungen gibt, wo es für die Mitarbeiter keine Sicherheiten gibt. Schauen wir doch dorthin!

Wenn es zur Aufstockung bei der Finanzpolizei käme, dann würden wir vom Team Stronach nur dann zustimmen, wenn es eine ganz klare Vorgabe gibt, nämlich dass die Finanzpolizei gezielt ausländische Firmen kontrolliert, denn wir sind der Meinung, dass unsere heimischen Firmen schon so viele Prügel zwischen den Beinen haben, dass unsere heimischen Firmen schon so in die Enge getrieben und kriminalisiert werden –

Stichwort „Schurkenstaat“, das wir vonseiten der Grünen hören mussten –, dass man nicht mehr davon sprechen kann, dass unsere heimischen Firmen ein unternehmerfreundliches Umfeld vorfinden. Wir vom Team Stronach wollen jedoch ein unternehmerfreundliches Umfeld, damit eben Arbeitsplätze geschaffen werden und damit sich Österreich auf gutem Wege entwickeln kann. – Danke. *(Beifall beim Team Stronach.)*

19.12

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu einer Stellungnahme hat sich Herr Bundesminister Stöger zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.